

Motion Ruth Altmann (FDP): Sicherstellung des öffentlichen Verkehrs während Kundgebungen

Die Möglichkeit, Kundgebungen durchzuführen ist ein wichtiger Teil der Meinungsäusserungsfreiheit in der Schweiz und damit auch ein wichtiger Teil der Grundrechte in unserem Land. Entsprechend gilt es, die Durchführung von Kundgebungen in Absprache mit den zuständigen Behörden nach Möglichkeit zu bewilligen.

Problematisch sind besonders unbewilligte Demonstrationen, bei welchen keine Absprachen mit den zuständigen Behörden möglich sind. Gerade diese Demonstrationen sind häufig auch mit einer starken Beeinträchtigung der bernischen Bevölkerung verbunden. So kommt oft der öffentliche Verkehr in der Innenstadt über eine längere Zeitdauer zum Erliegen oder wird zumindest stark eingeschränkt.

Aber auch bewilligte Demonstrationen und Kundgebungen entwickeln sich immer mehr zu grossen «Happenings», die den öffentlichen Verkehr behindern können.

Dies ist besonders ärgerlich, da sehr viele auf den öffentlichen Verkehr angewiesen sind. Nicht nur Menschen mit einer Behinderung, ältere Personen und Kinder kommen nicht mehr von A nach B, sondern auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erreichen ihren Arbeitsplatz erst mit erheblicher Verzögerung.

Nicht zuletzt leidet der Tourismus unter einem nicht funktionierenden öffentlichen Verkehr.

Wegen dieser Demonstrationen und Kundgebungen, seien sie nun bewilligt oder unbewilligt, werden klimaschonende Transportmittel (Tram, E-Busse) blockiert. Bernmobil versucht dem teilweise abzuhelpen, indem alte Busse aus den Garagen geholt werden, welche mit ihrem Einsatz die neuralgischen Verkehrspunkte, die durch die Demonstrationen blockiert wurden, umfahren sollen. Dies ist kaum im Sinne der ökologischen und ökonomischen Nachhaltigkeit.

Aus den dargestellten Gründen wird der Gemeinderat aufgefordert durch geeignete Massnahmen mit Bernmobil sicherzustellen, dass der öffentliche Verkehr bei Demonstrationen und Kundgebungen reibungslos funktioniert.

Begründung der Dringlichkeit

Im Sinne eines zuverlässigen öV-Angebots sind möglichst rasch Lösungen zu finden, wie der öffentliche Verkehr auch während Demonstrationen und Kundgebungen sichergestellt werden kann.

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Bern, 13. Juni 2019

Erstunterzeichnende: Ruth Altmann

Mitunterzeichnende: Christophe Weder, Erich Hess, Alexander Feuz, Thomas Glauser, Hans Ulrich Gränicher, Roger Mischler